

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 21. November 1919, Nr. 457.

Die Beschädigung der Denkmäler. In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, dass öffentliche Denkmäler gewaltsam beschädigt werden. Am Deutschmeisterdenkmal wurde ein Säbel abgebrochen, die Buchstaben der Inschrift gestohlen. Am Jessoridenkmal wurde ein grosser Teil der Bronz Buchstaben gewaltsam entfernt. An dem Prunkkandelaber vor der Oper wurde der Dolch der Siegfried-Figur abgebrochen. An der Statue des Nepomuk in Grinzing wurde ein Arm abgeschlagen. Die Dreifaltigkeitskühle im XVIII. wurde abgetragen. Der Sockel des Fegethoffsdenkmales wird als Anschlagkühle verwendet. Die beiden Hernen der Dichter Lenau und Anstasius Grün in den Anlagen des Schillerplatzes wurden wiederholt beschädigt und trotz der sofort erfolgten Instandsetzung immer wieder zerstört. Auch vor den Friedhöfen macht der Vandalismus keinen Halt, und wurden insbesondere im Währinger allgemeinen Friedhof zahlreiche Grabsteine umgeworfen und eine Reihe von Grabdenkmälern, welche teils mit Rücksicht auf ihren künstlerischen Wert, teils auf ihre historische Denkwürdigkeit gelegentlich der teilweisen Abräumung in einer Gruppe neu aufgestellt wurden, vollständig zertrümmert und umgeworfen. Die Bevölkerung wird auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht und ersucht, im Betretungsfall die Anzeige beim nächsten Sicherheitswachmann zu erstatten, damit die Täter der Bestrafung zugeführt werden können.

Holland für Wien. Das alte Aktionskomitee, das schon seit Jahr und Tag dafür sorgt, dass Wiener Kinder nach Holland kommen, und das auch wiederholt Lebensmittelsendungen nach Wien vermittelt hat, verfügt neuerdings, wie uns mitgeteilt wird, über tausend Kostplätze in Holland, die so rasch als möglich besetzt werden sollen. In diesem Komitee, an dessen Spitze als Ehrenpräsident der holländische Gesandte in Wien van Woede steht, geht nun daran, auch in Wien ein Subkomitee zu bilden, das sich speziell mit der Auswahl und Veranlassung der Kinder befassen wird. Die Herren, insbesondere Herr Generalkonsul a. D. H. J. B. von Royen, werden von einem holländischen Aktionskomitee unterstützt, in dessen Namen Herr Graaf von Roggen in Utrecht im Herbst einen warmherzigen Aufruf erlassen hat, der bewirken soll, dass ein Zug mit Lebensmitteln nach Wien geschickt wird, um hier den Kindern zu dienen. Die zweite Handlung geht dahin, dass auch Kinder nach Holland gebracht werden sollen. Es handelt sich hier um die Aktion, die seinerzeit Fräulein Wemkebach, die Tochter des geschätzten Arztes, hier in Wien unternommen hat. Im Interesse des Wiener Kindes ist es zu wünschen, dass auch diese holländische Aktion möglichst grossen Erfolg habe.

Die Schneeküberungsarbeiten. Bei den Schneeküberungsarbeiten waren am 20. verwendet: 2.678 Mann der ständigen Strassenarbeiter, 572 Schneeschaufler, 42 Schneepflüge und zur Schneefahrt 12 Katschüge und 51 zweispännige Wagen in den übrigen Bezirken. Heute waren bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags in zehn Bezirken 365 Schneeschaufler aufgenommen. Die Angaben über die realistischen Bezirke stehen noch aus.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, am 21. November 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Verein „Niederwald“ für Heimkehrer 2000 K gespendet hat. Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass ein Herr Direktor A. S. Magyar wohnend in Hotel „Bristol“ Berlin, der Liebesgabensammlung des „Berliner Tagblatt“ den Betrag von 1000 Mark zur Bestimmung „für Wien“ übermittelt hat. Der Spender hat an die Berliner Blätter einen Sammelauftrag geschickt und hofft damit ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Ein alter Freund hat aus Chicago an mich einen Brief geschrieben, in welchem er mitteilt, dass sich in Chicago und in anderen Städten Hilfsvereine gegründet haben, welche die Absicht haben, Bedarfsartikel aller Art anzukaufen und sie nach Wien zur Milderung der Not zu schicken. In Chicago sind zu diesem Zweck bereits 10.000 Dollar gesammelt worden. Der Gemeinderat dankt allen, die sich an solchen und ähnlichen Hilfswerken für Wien beteiligen. Möge die Hilfe nicht zu spät kommen!

Bgm. Reumann erstattet hierauf folgenden Bericht über die Versorgung mit Mehl: Es war vorauszu sehen, dass die schon während des Herbstes latente Mehlkrise im Laufe des Winters akute Formen annehmen werde. Die letzten Reste an Getreide und Mehl aus den Ententezuschüssen sind erschöpft und ein neuer Kredit für die Beschaffung von Getreide war bisher von der Entente nicht zu erlangen. Da die inländische Ernteerbringung für Wien nicht in Frage kommt, verblieben nur die Bezüge aus den Ankäufen der deutschösterreichischen Einfuhrgesellschaft. Die kritische Situation nahm ungefähr Mitte September ihren Anfang, als die Gemeinde Wien mit einer Ausgilde von 367 Waggon Mahlprodukten zur Aufrechterhaltung der Mehlversorgung Wiens einspringen musste. Da muss ich bemerken, dass in einem Teil der Wiener Tagespresse ein förmliches Kesseltreiben gegen den Bürgermeister geführt worden ist. Es war die Not, die es gefordert hat, dass eingeworfen wurde. Von diesem Zeitpunkte an konnte nur zur Not von einer Woche zur anderen, zuletzt von der mit 12. Oktober beginnenden Woche nur unter Kürzung der Kochmehlquote auf 250 Gramm der Bedarf unter den grössten Schwierigkeiten gedeckt werden. In der laufenden Woche hat nun die Situation eine derartige Verschärfung erfahren, dass die Kriegsgetreideanstalt nur unter Heranziehung aller Restbestände der Lage war, den Bedarf an Brot- und Kochmehl bis zu der mit 22. ds. ablaufenden Woche aufzubringen, dagegen keine Möglichkeit sah, in der mit 23. ds. beginnenden Woche die erforderlichen Getreide- und Mehlmengen zu beschaffen. Die Kriegsgetreideanstalt stand Mitte laufender Woche vor folgender Situation:

Die Lage in Triest sind für die Kriegsgetreideanstalt und die deutschösterreichische Einfuhrgesellschaft vollkommen erschöpft, weshalb über die Südbahnstrecke und Graz keine Transporte einlangen. Es kann daher nur mit denjenigen Getreidemengen gerechnet werden, die von der Einfuhrgesellschaft angekauft wurden und zum Teil über Rotterdam, zum Teil über Triest nach Deutschösterreich gelangen sollen. Von Regensburg schwimmen donauabwärts 3.314 t, in Regensburg liegen 977 t, von Mannheim auf dem Wege nach Regensburg sind 766 t, in Mannheim liegen 8.832 t, nach Mannheim schwimmen 2.972 t, in Duisburg 2.047 t in Rotterdam liegen 600 t, nach Rotterdam schwimmen 7.506 t. Nach Triest schwimmen per Dampfer Leonhard mit 4.364 t, der seit 8. November fällig ist, in Gibraltar hängen geblieben und dürfte in 8 Tagen in Triest sein, der Dampfer Cobe mit 6.448 t, der ab 22. November fällig ist, dürfte gegen Ende November mit einer Verspätung von acht Tagen in Triest einlangen.

Das Staatsamt für Volksernährung hat bereits vor 14 Tagen mit der italienischen Regierung Verhandlungen angebahnt, die zum Ankauf von 30.000 t Getreide führen sollten. Die italienische Regierung hat jedoch den Verkauf und Abtransport dieser Getreidemengen von der Bewilligung des Obersten Rates in Paris abhängig gemacht. Obwohl die hier weilende Subkommission wiederholt nach Paris

depedeschiert, der Vorstand der italienischen Delegation Trowati in dieser Angelegenheit interveniert und auch der Staatskanzler Dr. Renner in einer an Clemenceau gerichteten Depesche das dringende Ersuchen gestellt hat, dem Abtransport des Getreides zuzustimmen, ist bisher eine Antwort nicht eingelangt. (Rufe: Hört)

Wir haben eine Menge Instanzen und infolge dieses langwierigen Instanzenzuges hungert die Bevölkerung. (Rufe: Sehr richtig!)

Das Staatsamt für Volksernährung hat weiters seit vielen Wochen Versuche unternommen, um die Transporte in Deutschland zu beschleunigen. Den letzten Nachrichten zufolge dürfte Deutschland, dasselbst unter den Waggonmangel leidet, geneigt sein, unseren Transporten denselben Rang einzuräumen wie den eigenen Lebensmittelzügen, sodass auf diese Weise eine Beschleunigung der Abtransporte möglich sein wird. Ausserdem ist das Volksernährungsamt an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, 10.000 t Getreide aus südbayerischen Lageräumen gegen Rückersatz aus einem schwimmenden Dampfer, der Ende Dezember oder in der ersten Hälfte Jänner in Rotterdam fällig wird, vorzuliehen. Die Zustimmung der deutschen Regierung ist jedoch noch ausständig.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass Deutschösterreich selbstständig nicht leben kann, sondern dass der Anschluss an Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit ist. (Rufe: Bravo, sehr richtig!)

Die jugoslawischen Transporte leiden unter den schlechten Verbindungsdiensten. Nach einer dem Staatsamt für Volksernährung zugekommene Mitteilung sollen sich circa 3000 t Mehl und Mais zwischen Agram und Marburg befinden, die von den einzelnen Stationen aus unbekanntem Grund nicht heraufgelassen werden. Ausserdem sollen 24 Waggon jugoslawischer Mais in der Nähe von Graz angelangt sein. Nach Mitteilung der Kriegsgetreideanstalt verfügt dieselbe mit dem Stande vom 20. ds. abends über 219 Waggon Mehl.

Was diese 219 Waggon bei unserem Bedarfe an Mehl bedeuten, das können Sie sich leicht vorstellen.

Falls die halbe Brotquote allgemein und für die Schwerarbeiter zur Ausgabe gelangt, werden hierfür 175 Waggons Mehl benötigt. Falls weiters $\frac{1}{8}$ kg Kochmehl ausgegeben wird, sind noch rund zirka 50 Waggons erforderlich, zusammen also 225 Waggons. Hierauf fehlen der Kriegs- Getreide-Verkehrs-Anstalt unter Zugrundelegung des Standes vom 20. ds. Mts. noch 6 Waggons, deren Aufbringung keine besonderen Schwierigkeiten bereiten dürfte. Ausserdem soll noch zur Ergänzung der gekürzten Kochmehlquote $\frac{1}{8}$ kg grüne getrocknete Erbsen ausgegeben werden, für welche die Deckung vorhanden ist. Die Kopfquote für Mehl und Brot in der Woche vom 23. bis 29. ds. Mts. wird demnach voraussichtlich betragen: $\frac{5}{8}$ Laib Brot allgemein, für Schwerarbeiter $1 \frac{3}{4}$ Laib, berechnet von dem Normallaib von 1260 g. Die Kochmehlquote besteht allgemein aus $\frac{1}{8}$ kg Mehl und $\frac{1}{8}$ kg Erbsen. Ueberdies muss noch damit gerechnet werden, dass bei der Zuweisung der gekürzten Quote Verzögerungen wegen Transportschwierigkeiten eintreten. Jedenfalls werden aber die massgebenden Stellen alles daran setzen, um die Ausgabe der gekürzten Brot- und Mehration bis zum Schlusse der Woche restlos zu ermöglichen. Es kann nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass die durch die Verhältnisse verursachte Kürzung der Brot- und Mehlquote vorübergehend sein wird und diese der Bevölkerung neuerlich zugemutete schwere Belastungsprobe auf die Woche vom 23. bis 29. ds. Mts. beschränkt bleiben wird. Die verantwortlichen Regierungsstellen werden sicherlich alles vornehmen, um in der übernächsten Woche die vollen Rationen an Brot und Mehl ausgeben zu können.

Die Situation in unserer trostlosen Ernährungs Lage wird durch die Kohlennot noch verschlimmert, die zu einer bedenklichen Erscheinung seit langer Zeit geworden ist und in letzter Zeit einen katastrophalen Umfang angenommen hat. Heute musste zur Abschaltung von Industriebetrieben geschritten werden. Dass dies als eine Strafe für den Mehrverbrauch von Strom anzusehen ist, ist

falsch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Simmeringer Elektrizitätswerke die Vorräte gänzlich erschöpft sind. In den Werken in der Engerthstrasse war die Lage gestern noch günstiger. Da aber weitere Zuschübe nicht eingelangt sind, musste auch dort zur Abschaltung geschritten werden. Die Abschaltung kann morgen nicht aufgehoben werden, sondern muss aufrecht erhalten bleiben. Ob es gelingen wird, Montag wieder einige Vorräte beisammen zu haben, damit mit der bisherigen Abgabe von elektrischer Energie gerechnet werden kann, ist nicht vorauszusehen. Die Situation bezüglich der Kohleversorgung lässt für die Zukunft das Schlimmste befürchten. Es muss darauf gedrungen werden, dass die Industrie alles daran setzt, dass kein Mehrverbrauch von Strom stattfindet, denn der geringste Mehrverbrauch kann zu Störungen führen. Auch das Heer von Arbeitslosen könnte eine Vermehrung erfahren und die Gemeinde hat daher nur in ihrer Zwangslage zur Abschaltung der Betriebe gegriffen.

Nun muss ich auch eine Angelegenheit besprechen, die in einem Teil der Tagespresse, ich muss sagen, ausgeschrotet worden ist. Man hat mir zum Vorwurf gemacht, das ich im Zillingdorfer Bergwerke nicht Mittelschüler fördern lasse. Ich habe dies abgelehnt. Wer Zillingdorf und Neufeld kennt, der muss sagen, dass es eine Gewissenlosigkeit wäre, junge Leute in dieses Bergwerk zu schicken. Der Tagbau ist dort sehr wasserhältig, das Wasser trüfelft auch von der Decke herunter und auch andere Umstände kommen noch in Betracht. Und da sollte ich junge Leute hinschicken, die mit den Werkzeugen nicht amzugehen verstehen und die mehr zerstören könnten, als sie ausrichten würden. Es könnten auch Unfälle vorkommen und das Resultat der Arbeit wäre gleich Null. Es finden Verhandlungen mit den Bergarbeitern statt, und es wird vielleicht gelingen, mit den Bergarbeitern eine Uebereinkommen zu treffen. Jetzt gelingt es uns trotz der hohen Löhne nicht, Arbeiter zu bekommen.

Bgm. Reumann fährt dann fort: Schon in meiner Antrittrede vom 22. Mai 1919 habe ich angekündigt, dass die sozialdemokratische Mehrheit, die an diesem Tage die an Führung der Geschäfte der Stadt Wien übernahm, entschlossen ist, die unerlässliche Verwaltungsreform durchzuführen. Seither ist unablässig an der Vorbereitung dieser Reform gearbeitet worden. Die Frage, welche Stellung die Stadt Wien in unserer Republik einnehmen wird, die Frage, ob die Stadt Wien ein völlig selbständiger Bundesstaat der Republik sein wird, steht jetzt im Rahmen aller anderen Verfassungsfragen, die unser Staat zu lösen hat, in Behandlung.

Wir können nicht warten, bis diese Frage gelöst ist, wir müssen, da wir die Vorbereitungen für die Verwaltungsreform vollendet haben, nun auch sofort dran gehen, die unhaltbaren Grundsätze einer Verwaltung, wie sie vor Jahrzehnten erdacht wurde, zu ändern. Es ist unmöglich diese Grundsätze aufrecht zu erhalten, in einer Zeit, in der die Gemeinde ein Riesenwirtschaftskörper geworden ist, in einer Zeit, in der das Wahlrecht eine völlige Umgestaltung erfahren hat. In Zeitalter der Demokratie ist nicht anderes möglich, als dass die Bevölkerung selbst, durch ihre gewählten Vertreter, die Verwaltung führe. (Lebhafter Beifall).

Nach dem jetzt geltenden Gemeindestatute liegt das Schwergewicht der Verwaltung im Stadtrat. Dass diese Körperschaft in ihrer gegenwärtigen Gestaltung den Grundsätzen einer sachlich und rasch arbeitenden Verwaltung nicht entspricht, ist genügend oft aufgezeigt worden. (Rufe: Sehr richtig!) Neben dem Stadtrat ruht die Exekutive in den lediglich aus Beamten bestehenden Magistraten der bloss durch seine Spitze, dem Bürgermeister, mit der frei gewählten Vertretung der Gemeinde zusammenhängt. Das ist nicht eine Spitze, die sich willkürlich gegen den Magistrat richtet, sondern es wird uns gesagt, dass der Einfluss der

frei gewählten Vertreter ein grösserer werden soll als bisher. Nach eingehender und gründlicher Arbeit sind wir zu Ergebnissen gelangt, die wir in der allernächsten Zeit dem Gemeinderate zur Überprüfung und Beschlussfassung vorlegen werden. Die geplante Reform beruht im Wesentlichen auf drei Gedanken. Die gesamte Verwaltungsarbeit und Geschäftsführung soll in Zukunft nach Verwaltungsgruppen erfolgen. Für jede solche Verwaltungsgruppe soll ein aus dem Gemeinderate eingesetzter Ausschuss bestellt werden. Diese Körperschaften sollen sich aus Gemeinderäten zusammensetzen, die auf dem betreffenden Verwaltungsgebiete besondere Erfahrung haben, und sie sollen die grosse Menge der jetzigen stadträtlichen Geschäftsstücke zu erledigen haben. Durch ihre Errichtung wird es möglich sein, alle Gemeinderäte zur eigentlichen Verwaltungstätigkeit heranzuziehen, ihnen so einerseits einen bedeutend tieferen Einblick in die Verwaltungsgeschäfte der Stadt zu bieten, andererseits aber derzeit ungenutzte Kräfte zum allgemeinen Besten zu verwerten. (Lebhafter Beifall). Wenn so die gewählten Vertreter des Volkes von Wien einen viel unmittelbaren Einfluss als heute auf die Verwaltung der Stadt nehmen werden, so soll auch noch einem Kreise dieser freigewählten Vertreter in der Exekutive, dass ist im Magistrat bestimmender Einfluss eingeräumt werden. Diese Gruppenleiter sollen vom Gemeinderate aus seiner Mitte gewählt werden und sollen, vorläufig im selbstständigen Wirkungskreise, die Exekutive leiten. Einer Zusammenfassung dieser Gruppenleiter in einer Körperschaft soll unter dem Vorsitz des Bürgermeisters, insbesondere die Vorberatung der grösseren Vorlagen für den Gemeinderat obliegen. Auch die Verwaltungstätigkeit der Bezirksvertretungen muss ein neuer Inhalt gegeben werden. (Henerlicher Beifall) Der Wert, der in der Mitarbeit der besetzten Organe liegt, darf nicht unterschätzt werden. Darum sollen Beamte der einzelnen Verwaltungsgruppen an den Sitzungen der Gemeinderatsausschüsse teilnehmen. Wir erwarten uns aus diesem Zusammenarbeiten von gewählten und besetzten Organen, also von Vertretern der Bevölkerung und berufsmässigen Kennern der Verwaltung, eine gegenseitige Befruchtung der Ideen und ^{die} Förderung des Wohles der Stadt Wien. Dies sind die leitenden Gesichtspunkte, von denen die geplante Reform beherrscht sein wird. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, der Beschleunigung des Geschäftsganges, einer Regelung des Parteienverkehrs, die den Interessen der Bevölkerung mehr entgegenkommt, als bisher, sind ebenfalls einschneidende Reformen geplant. Ich freue mich, dabei feststellen zu können, dass zahlreiche Vorschläge aus den Reihen unserer Beamtenschaft selbst vorliegen. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, von den geplanten Reformen dem Gemeinderate zunächst in dieser Form Kenntnis zu geben und wiederhole, dass in allernächster Zeit in die Beratung der entsprechenden Vorlagen eingegangen werden soll. Ich beabsichtige, diese Grundzüge der Reform zunächst den Parteiführern vorzulegen und dann den Antrag auf Wahl eines eigenen Ausschusses zu stellen. Ich halte es für notwendig, dass diese wichtige Arbeit, so rasch als nur irgend möglich zu Ende geführt wird, damit, wenn die Verfassungsfragen im Staate gelöst werden, auf dem Gebiete der Verwaltung in Wien alle nötigen Reformen schon durchgeführt sind. Ich bitte den Gemeinderat von diesen Plänen Kenntnis zu nehmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Auf eine Interpellation des GR. Elmes (Tscheche) aus der letzten Sitzung des Gemeinderates betreffend die Nichtbewilligung einer Mehlabgabestelle für Josef Wavera teilt der Bürgermeister mit, dass beim Bezirkswirtschaftsamt vom Juli bis Mitte November mehr als 700 Gesuche um Verleihung städtische Mehlabgabestellen überreicht wurden. Da im Hinblick auf die grosse Bewerberzahl nur ein geringer Bruchteil berücksichtigt werden konnte, gab das Bezirkswirtschaftsamt schon im Oktober Richtlinien für die künftige Neuverleihung solcher Abgabestellen bekannt. In erster Linie werden Invalide berücksichtigt und von diesen wieder jene, die vor dem Kriege bereits den Gemischtwarenhandel betrieben haben. In zweiter Linie Heimkehrer, die infolge ihrer militärischen

schon Dienstleistung ihren Betrieb während des Krieges sperren mussten. Ferner Witwen nach gefallenen Militärpersonen, vor allen dann, wenn sie noch für unmündige Kinder zu sorgen haben. In dritter Linie Heimkehrer, die erst nach dem Kriege einen Gemischtwarenhandel eröffnet haben und deren wirtschaftliche Existenz ohne Zuweisung von rayonierten Artikeln in Frage gestellt ist. Auf diese Weise wurden 150 neugeschaffene Mehlabgabestellen besetzt, so dass die Zahl aller Mehlabgabestellen in Wien nunmehr rund 1000 beträgt. Eine weitere Vermehrung erscheint nicht tunlich. Neuverleihungen können daher in Zukunft nurmehr ausnahmsweise dann vorgenommen werden, wenn besondere örtliche Verhältnisse solche Neuerrichtungen im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheinen lassen. Hieraus erhellt aber auch, dass der Magistrat bei der Verleihung städtischer Mehlabgabestellen nur nach sachlichen Gesichtspunkten vorgeht und sich nicht durch nationale Momente beeinflussen lässt.

GR. Bronzoner (Soz. Dem.) führt aus, dass, während die Geschäftsräume der Wiener Kaufmannschaft sehr wenig Ware enthalten, die Magazinsanlagen des Hauptzollamtes, sowie alle Bahnhof- und Spediteurmazazine eine Ueberfüllung mit Waren aufweisen, Waren, die in der Vorkriegszeit für den gressen Transitverkehr des ganzen Staates ausreichten und die jetzt für die Produktion und den Konsum sehr notwendig wären, während ganz Deutschösterreich unter einem empfindlichen Zündhölzchennot leidet, stehen schon seit Wochen 70 Waggons Zündhölzchen in den Wiener Bahnhöfen. Mit diesen lagernden Gütern wird ein lebhafter Kettenhandel betrieben. Hierdurch werden nicht nur viele wichtige Produkte der Wirtschaft entzogen, es können auch hunderte Waggons nicht für die Zufuhr wichtiger Bedarfsartikel verwendet werden. Die Anhäufung der Güter in den Magazinen birgt auch grosse Gefahren für die Erhaltung dieser Güter in sich. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister die zuständigen Behörde auf diese Zustände aufmerksam machen und ihnen vorschlagen wolle, dass die Lagergüter im Hauptzollamt, in den Bahnhofsmagazinen und in den Waggons auf den Bahnhöfen, die länger als 4 Woche unverzollt und unbesohben liegen, beschlagnahmt und den Produktions- und Konsumbedürfnissen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass künftig die Lagerräume des Hauptzollamtes und der Bahnhofsmagazine nicht als Geschäftsräume der Engroskettenhändler und Preistreiber Verwendung finden und dass die Feuerversicherungsrichtungen besonders im Hauptzollamt verbessert werden, damit eine Brandkatastrophe vermieden wird.

Bgm. Reumann: Die Ausführungen der Anfrage verdienen aller Beachtung und sind geeignet, so manche Erscheinungen aufzuklären. Ich bin selbstverständlich bereit, den Anregungen Rechnung zu tragen und werde mich mit den zuständigen staatlichen Stellen ungesäumt ins Einvernehmen setzen. Ich möchte nur vor der Meinung warnen, dass diese Vorräte so gross sind wie sie scheinen, irgend eine Bedeutung haben in dem Bedarfe der Millionenstadt Wien.

Auf eine Interpellation des GR. Elmes (Tscheche) in der letzten Sitzung des Gemeinderates betreffend Gesetzwidrigkeiten beim Kleinholzhandel antwortet der Bürgermeister, dass der in der Interpellation belangte Tischlermeister Josef Klail derzeit keine Brennholzvorräte lagern hat sondern nur Barackeholz für seine Tischlerei. Das Barackeholz wurde von der Firma Boglyansky und Bruder angeblich um 89 h pro Kilogramm gekauft und von ihm um K 1.20 im Retail abgegeben. Deswegen sind Erhebungen wegen Preistreibererei im Zuge. Die in der Interpellation noch genannte Marie Ohnelik hat von Klail ungefähr 550 kg Brennholz erhalten, welches sie zum Teil selbst verwendete und zum Teil mit einem Nutzen von 10 h per Kilogramm weiter verkaufte. Ein Anstand ist nicht festzustellen.

GR. Jorde verliest den Amlauf.

GR. Adele Bartisaal (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass nach Zeitungsberichten eine holländische Kommission ^{in Wien} ~~in Wien~~, die unter anderem das Kindererland filmen wird. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister mit der holländischen Kommission Rücksprache nehmen wolle, um sie auf die Kinder aufmerksam zu machen, die den ganzen Tag über bei der Endstation Hütteldorf der Strassenbahn mit schweren Holzbürden beladen in die Strassenbahn einsteigen.

Bgm. Reumann: Die Erscheinungen, auf die in der Anfrage aufmerksam gemacht wird, sind so recht geeignet ein Teilbild der trostlosen Wiener Verhältnisse abzugeben. Sie wurden auch von der holländischen Kommission beobachtet und von ihr in Film festgehalten. Ich muss sagen, dass es mir bedeutend lieber gewesen wäre, wenn dieses Filmbild nicht hätte aufgenommen werden brauchen und wenn die Bevölkerung nicht zu solchen Akten der Selbsthilfe gezwungen wäre.

GR. Jenschik verweist in der bereits bekannten Interpellation auf Lichtüberschreitungen in Kirchen anlässlich von Missionen.

Der Bürgermeister erwidert: Die Vorschriften über die Sperrmassnahmen finden auch für die Kirchen Anwendung. Es werden die entsprechenden Erhebungen gepflogen und gemäss dem Ergebnisse derselben die geeigneten Verfügungen getroffen werden.

GR. Rudolfine Fleischner (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass der Mangel an Kohle viele Leute veranlasst, dieses notwendige Heizmaterial sich auf unrechtmässige Weise zu beschaffen. So werden bei den Gaswerken in Stadlau nachts häufig Kohleladestühle versucht. Die ^{den} ~~den~~ Patrouillieren/Wächter stehen diesem Treiben machtlos gegenüber, weil sie unbewaffnet und als einzelne Person sich der Ueberzahl der Diebe nicht erwehren können. Es wird beantragt, die Nachtwächter mit Waffen zu versehen und die Patrouillengänge zu zweit zu unternehmen.

GR. Rudolfine Fleischner: Die Gebühren für den Verbrauch von elektrischem Strom sollen bekanntlich allmonatlich eingehoben werden. Es kommt vor, dass vier Monate hindurch die Gebühren nicht eingefordert werden. Abgesehen davon, dass die Parteien hiefür über den Verbrauch von Strom im Unklaren bleiben, was oft zu Sperrmassnahmen Anlass gegeben hat, ist es auch vielen Hausfrauen nicht möglich eine Rechnung von vier Monaten auf einmal zu begleichen. Es wird beantragt die Elektrizitätswerke auf diese Mängel aufmerksam zu machen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird sodann an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

STR. Weigl (Soz.-Dem.) erstattet hierauf das Referat über die bekannten Tariferhöhungen bei den städtischen Strassenbahnen, und sagt, dass auch die heute vorgeschlagene Erhöhung nicht im Stande sein werde, das Defizit bis zum Schlusse des Verwaltungsjahres zu decken.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Nat.-Dem.) verweist zu Beginn seiner Ausführungen auf einen in der „Wiener Mittagszeitung“ unter dem Titel „Schwierige Lage der Wiener Regierung“ enthaltenen Artikel, in dem es heisst, dass die Wiener Regierung einschliesslich der Stadtverwaltung der Entente offiziell mitzuteilen gedenke, dass sie nicht mehr auf ihrem Posten bleiben könne, da sie ausser Stande sei, die Lage zu entspannen und bittet den Bürgermeister sich hiezu zu äussern. Er habe sich als Kontraredner gemeldet und werde auch gegen dieses Referat stimmen. Er könnte sich wohl zu den vorgeschlagenen Tariferhöhungen bereit finden, wenn sie in der normalen Entwicklung eines Geschäftsunternehmens gelegen wären. So wisse man aber recht gut, dass weder die früher noch die jetzige Regulierung die letzte sein werde. Man wisse nur das eine, dass man sich immer in einem ewigen Kreislaufe herumbeuge: Worderungen der Angestellten, Erhöhung der Tarife, Erhöhung der Preise der Lebensmittel. Die Tariferhöhung sei daher vollständig zwecklos, sie sind ein reines Ziffern-

spiel und es wird durch sie eine neue indirekte Steuer eingehoben, wodurch die Wiener Bevölkerung äusserst schwer belastet wird.

Wenn von der Verbesserung unserer Valuta gesprochen wird, so wird gesagt, dass dies nur durch den Export möglich sei. Als solches Exportobjekt kommt unsere Arbeitskraft in Betracht. In dem Sinne soll aber nicht die Arbeiter ins Ausland geschickt werden, sondern Rohmaterial, im Ausland beschafft, soll bei uns verarbeitet und als fertige Ware ins Ausland gehen. Nur so könne Deutschösterreich konkurrenzfähig sein.

Da es nicht möglich ist, den Angestellten und Beamten einen Teil ihrer Bezüge in Lebensmitteln auszufolgen, so gibt man ihnen eine Gehaltserhöhung, die aber nur bezweckt, dass auch die Schleichhandelspreise neuerdings in die Höhe gehen. Es geht nicht an, dass heute diese, morgen jene Gruppe von Angestellten kommt und erklärt, wenn ihr nicht diese Bezüge bewilligt werden, so werden sie streiken.

Der Plan von einer Verpachtung der städtischen Werke wird missbilligt. Es ist nicht die Rede davon, dass die Gemeinde bei der Verpachtung Wohltäterin sein soll, sondern sie soll dabei auch ein Geschäft machen. Die Verpachtung müsse im Zusammenhange mit der Aufnahme eines Darlehens unter Berücksichtigung unserer Exportartikel, der menschlichen Arbeitskraft erfolgen. Die Forderungen des Personales steigern sich, weil die Lebensmittelversorgung eine solche ist, dass das Personal nicht leben kann. Der Bürgermeister und die verantwortlichen Faktoren haben erklärt, dass sie nicht die nötigen Lebensmittel beistellen können. Selbstverständlich sei es, dass die Betriebe nicht so weiter geführt werden können. Es geht nicht an, in einem armen Staate wie Deutschösterreich, die Arbeitszeit fort herabzusetzen. Die Arbeitskraft muss entsprechend ausgenutzt werden, denn sonst bekommt der Gemeinderat in 3 Monaten wieder eine Vorlage betreffend die Tariferhöhung. Dasselbe gilt auch bezüglich des Gas- und Elektrizitätswerkes. Man muss nur ausrechnen, was diese Erhöhungen in einem kleinen Haushalte ausmachen. Die Mietaufwandsumlage, die erhöhten Gas- und Elektrizitätspreise, das bedeutet eine enorme Belastung des Haushaltes. Ich bekämpfe die heute gestellten Anträge, erkläre Ihnen aber, in einer solchen Zeit wie die jetzige, wo wir alle zusammenhalten müssen, fällt es mir nicht bei, die Verlogenheit, in welche die Gemeinderatsmehrheit geraten ist, dazu zu benutzen, um eine faktische gehässige Opposition zu machen. Heute muss jeder Wiener mitarbeiten, um die Lage zu verbessern. Darum bitte ich auch Sie, nicht immer auf das Bürgertum loszuschlagen, sondern auch dem Bürgertume die ausgestreckte Hand zu reichen. Wir brauchen einen Bürgerfrieden für die gemeinsame Arbeit und hiefür bin ich und sind wie ich glaube, Tausende andere zu haben. Wenn wir auch in derartigen Fragen anderer Ansicht sind, weil wir Ihre Auffassung für eine falsche und nicht förderliche halten.

Dr. Flachhies (Jüd.-Nat.) nennt die Politik des Fortwurstelns, die bei den Unternehmungen betrieben wird, als eine Unehrlichkeit. Im Juni habe seine Partei für die Tariferhöhungen gestimmt, weil sie geglaubt habe, dass damit zu einer Sanierung der Finanzen der Betriebe geschritten werden wird und weil seitens des Referenten gesagt wurde, dass es in Bälde möglich sein wird, die Tarife im Interesse der Bevölkerung herabzusetzen. Wenn eine gute Finanzpolitik gemacht werden wolle, so müssten heute schon die vorliegenden Fahrpreise wieder erhöht werden. Die Hoffnung, die Betriebe durch Erhöhungen der Tarife zu sanieren müsse begraben werden. Wenn heute die Fahrpreise erhöht werden, so wird der Gemeinderat in zwei Monaten vor derselben Frage stehen. Es muss endlich eingesehen werden, dass es nicht so weiter geht, auch auf die Gefahr der Unpopularität und des Verlustes des Mandates. Namens seiner Partei tritt Redner für eine Aenderung des derzeitigen Zustandes ein und erklärt, dass der Frage der Verpachtung oder des Verkaufes der Unternehmungen

vorbekommen des Rückkaufrechtes und der Wahrung der Tarifhoheit näher getreten werden müsse.

Wir haben, sagt Redner, bisher in den meisten Fragen, Ihre Politik mit Vertrauen verfolgt und für alle wichtigen Vorlagen gestimmt, weil wir hofften, dass wir damit zu einer Sanierung der Finanzen kommen werden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen und deswegen können wir für die heutigen Vorlagen nicht mehr stimmen. Wir warnen Sie, diese Politik des Fortwurstelns fortzusetzen. Nur in der Arbeit ruhen die Wurzeln unserer Kraft, aber wir müssen von aussen her Hilfe bekommen, denn wir sind nicht mehr in der Lage, uns selbst zu helfen.

GR. Klimes (Soz.-Dem.) beklagt sich darüber, dass die Vorlage über die Tariferhöhung den Gemeinderäten erst einen Tag vor der Sitzung übergeben wurde, und sagt: Wir sind der Ansicht, dass die arme Bevölkerung schon mehr als genug überlastet ist und dass neue Lasten den begüterten aufgebürdet werden sollen. Wir Vertreter des armen arbeitenden Volkes verwahren uns auf das Entschiedenste dagegen, dass ihr hartes Leben noch weiter belastet werde. Wir geben dieser unserer Meinung hier Ausdruck, dass man uns für die katastrophale Wirtschaftspolitik nicht mitverantwortlich mache. Redner führt dann aus, dass sowohl die christlichsoziale wie die sozialdemokratische Partei eine Politik des nationalen Hasses gegen die Tschechen betriebe. Die Beweise hiefür seien überall auch in der internationalen Arbeiterzeitung täglich zu finden. Lassen Sie jede Politik der Gewalt und des Nationalhasses und vereinigt Euch mit jenen, die Euch schon längst die Hand bieten. Es scheint, dass die 12. Stunde schon geschlagen hat, aber „Viribus unitis“, lässt sich noch manches retten! Wir können und werden nicht für die Vorlage stimmen, wir sind zwar ehrliche Sozialisten, aber unsere Wege gehen auseinander.

GR. Ertner (deutsch-nat.) sagt, man komme nun schon wieder mit einer Vorlage, die die Bevölkerung Wiens mit einer ungeheueren indirekten Steuer belaste und zwar zu Gunsten der städtischen Angestellten, der Strassenbahn. Wie komme die ganze Bevölkerung dazu, diese Steigerung zu tragen. Diese Steigerungen seien eine Schraube ohne Ende. Es sei gerade so, als ob alles darauf gewartet hätte, dass die Lohnerhöhung Platz greife, um einen neuen Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung durchzuführen, und dabei werde noch immer getrachtet, die Arbeitszeit zu verkürzen. Dadurch entstehe wieder eine neue Preiserhöhung. Bei dem Schneefalle habe der Bürgermeister selbst erklärt, dass trotz Erhöhung der Löhne sich zu wenig Schneeschaufler gemeldet haben. Das liege in der Arbeitslosenunterstützung, weil sie viele bekämen, die arbeiten könnten, wenn sie wollten. Es wäre besser, diesen die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen und sie zum Schneeschaufler heranzuziehen.

Die Ententehilfe, von der soviel geredet werde, sei nichts anderes als ein Raub an dem Volksvermögen Deutschösterreichs.

Bgm. Reumann: Ich mache den Redner aufmerksam, etwas vorsichtiger zu sein; wir sind nicht in der Lage solche unbegründete Anwürfe zu erheben.

GR. Ertner: Ich kann nicht zugeben, dass es unbegründet ist. Die einzige Rettung für uns, ist der Anschluss an Deutschland, wenn auch eine Partei, die in der Koalition sitzt, die aber derzeit hier abwesend ist, diesen Anschluss in jesuitischer Weise aus Partei- und römischen Interesse hintertrieben hat. Der Redner schliesst auch dann den Ausführungen auf Verpachtung der städtischen Unternehmungen an und erklärt gegen die Erhöhungen zu stimmen.

ausländischen Konsortiums verwendet werden wie z. B. zu dem so
notwendigen Bau eines grossen Wasserkraftwerkes, vor allem zur
Beschaffung von Rohmaterialien und Kohle. Wir haben ja eine ganze
Reihe von Industrien, die auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig sind,
wenn man ihnen nur überhaupt die Möglichkeit zu arbeiten gibt. Ich
verweise da auf unsere Modeindustrie, auf die Gold- und Silberwaren-
schmiedekunst, die Bronze-, Lederwaren-, Musikinstrumente- und Möbel-
industrie, alle Zweige des Kunstgewerbes. Es besteht aber heute
noch ein viel zu grosses Mißtrauen gegen diesen zusammengebrochenen
Staat und wir sind in Wahrheit auch etwas vielen unbedeutendes für
die grosse Welt. Die Amerikaner z. B. interessieren sich vielmehr
für die Chantungfrage, für Südamerika oder Russland als für uns.
Ein so bedeutendes Problem wie die Aufrechterhaltung der städti-
schen Monopolbetriebe können wir aber nicht aus einer augenblick-
lichen Notlage aus betrachten. Es wäre ein kaufmännischer Wahnsinn
in der jetzigen Zeit der grössten Depression etwas zu verkaufen. Aber
selbst wenn wir es tun wollten, würde es uns jetzt nicht helfen,
denn die Kohlen- und Transportkrise ist ein internationales Problem
eine Folge der überall verheerenden Wirkung des Krieges. Das von
einem der Herren kontra Redner propagierte Straassburger System ist
zum Wohl auf einer Strassenbahn die 570 Millionen Fahrgäste be-
fördert, ganz ausgeschlossen. Wir haben ja ganz andere Möglichkei-
ten unser soziales Verständnis zu bekunden, nämlich bei den Steuern.
Sie haben vor 14 Tagen Gelegenheit gehabt die Besitzenden kräftig
heranzuküchen und da haben wir wieder gesehen, daß ein Fest der
Opposition gefeiert wurde, bei einer Steuer, die 80 % der Bevölker-
ung freigelassen hat! Redner bespricht den ganz unbegründeten Tief-
stand der Krone im Ausland, weist auf den sehr gefährlichen Zu-
stand unserer völligen Beraubung aller Realgüter hin und schliesst:
Die furchtbare Krise, die wir jetzt durchzumachen haben, bedingt es
mehr denn je, dass alle Kraft angespannt werde, damit die Menschen
bei uns wenigstens ihre Nerven beisammen halten. Dazu gehört auch
unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit solange als möglich zu wahren.
Wenn wir gezwungen werden sie aufzugeben, dann würde dies
jetzt für die Bevölkerung einen noch viel ärgeren Notstand, die
dauernde Tributpflicht an ausländisch Kapital bedeuten.

Rede des Stadtrates Breitner.

StR. Breitner (Soz. Dem.) sagt, daß heute ein Feiertag der Opposition sei, welches eben sehr bequem sei, einfache Erklärungen abzulehnen. Die Mehrheit müsse aber den Mut aufbringen, das Notwendige, wenn es auch im Augenblick schmerzhaft sei, zu tun. Er betont, daß sich gegenüber dem Juni in der Betriebsführung und im Wesen der Unternehmungen nicht das geringste geändert habe. Es hat sich nichts ereignet, als daß die Krone gesunken ist, woran aber die Gemeinde keine Schuld trage. (Rufe: Aber die Devisenzentrale). Das sind alles die Folgen des fünfjährigen Krieges, des durchgehenden Zusammenbruches. Die Krone hat ihre Kaufkraft im Ausland fast völlig eingebüßt. Die städtischen Unternehmungen müssen infolgedessen den Waggon Kobler, der noch im Sommer 1900 K kostete, jetzt mit 4400 K bezahlen. Man dürfe sich aber andererseits durch die Not der gegenwärtigen Lage nicht zu Verzweiflungsschritten hinreissen lassen. Es sei keine Ursache vorhanden, die städtischen Betriebe wegzuwerfen. Die das verlangen, sind von der manchesterliberalen Abneigung erfüllt, daß die Gemeinde diese Betriebe überhaupt führe. Eine ausländische Gesellschaft würde nicht mit einer Krone, sondern zum Preise von drei oder vier Kronen fahren, denn die ausländische Gesellschaft kann nicht verlangen, daß der Wiener in Dollar auf der Strassenbahn zahlt. Sie wird die Tarife in rückichtsloser Weise erhöhen, weil sie auf dem Profitstandpunkt stehen wird. Jetzt begnüge man sich damit, aus den Unternehmungen das heraus zu bekommen, was lebensnotwendig ist. Es ist eine naive Vorstellung zu glauben, daß der Gemeinde bei einer Veräußerung oder einem Verkauf der Unternehmungen das Recht der Tarifhoheit oder andere besondere Rechte eingeräumt werden. Der Betrieb könnte durch eine ausländische Gesellschaft vielleicht wirklich etwas ökonomischer geführt werden, dies aber nur auf Kosten der 30.000 Angestellten, die in den Unternehmungen beschäftigt sind. Es ist nicht zu leugnen, daß es notwendig sein wird, die Arbeitsleistung nach Tüchtigkeit zu steigern. Deswegen sei man aber noch sehr weit entfernt von dem hier propagierten Ideal des Zwölfstundentages. Der Achtstundentag genüge vollkommen. Man dürfe nicht verkennen, aus welchen Gründen die Arbeitsunlust entspringt. Wenn die Arbeiter nicht die primitivsten Lebensnotwendigkeiten haben, dann kann man auch von ihnen nicht verlangen, daß sie mit Arbeitsfreudigkeit schaffen. Auch das ist eine Folge dieser fünfjährigen Leiden dieses Krieges. Es ist wiederholt das Wort gefallen, daß es keinen Sinn hat, diese Erhöhung zu bewilligen, weil wir in zwei bis drei Monaten in ganz derselben Lage sein werden. Es wäre dies ja möglich, obwohl ich mir nicht vorstellen kann, daß die Krone noch viel tiefer sinkt, wenn wir über diesen Winter überhaupt hinwegkommen! Ich habe Gelegenheit gehabt, vor der Reparationskommission darzulegen, welche Möglichkeiten bestehen uns zu helfen und daß wir nicht vor der Welt als Bettler dastehen wollen. Ich habe dargelegt, daß die Stadt Wien im Gegensatz zum Staate, ja eigentlich nicht verschuldet ist, da unseren Schulden doch mindestens ebenso grosse Aktiven gegenüberstehen. Was wir verlangen, wäre nichts anderes, als ein kaufmännischer Vorschuß. Das Darlehen könnte ausschließlich zu produktiven Zwecken unter der Kontrolle eines

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) spricht sich gegen eine Verpachtung oder einen Verkauf der Betriebe aus in der Befürchtung, dadurch in schwere Abhängigkeit zu geraten. Er betont, weiter, dass man endlich der Bevölkerung sagen müsse, dass an einen Abbau der Preise vorläufig nicht zu denken sei, bis nicht eine Aenderung der Wirtschaftsform eingetreten sei. Die Arbeitskraft müsse ausgenützt werden. Er spricht sich gegen die Erhöhung der Fahrpreise aus, da diese schwer in das wirtschaftliche Leben der Bevölkerung einschneiden und die Gemeinde nicht sanieren werden.

GR. Machet (Tscheche) erklärt ebenfalls, dass er nicht für diese neue Belastung der Wiener Bevölkerung stimmen könne, durch welche die wenigst bemittelten getroffen werden. Und besonders auch deshalb nicht, da die tschechische Bevölkerung wohl die gleichen Lasten habe, wie alle anderen Bewohner Wiens, aber keine Rechte genießt. Die tschechischen Schulen seien immer noch nicht errichtet. Dies beweise, dass auch die jetzige Majorität im Rathaus Komödie spiele und nichts besser sei als die christl.-soziale Mehrheit.

GR. Wawrousek (Tscheche) spricht gegen die Vorlage und sagt, er stehe auf dem Standpunkte, dass die städtische Strassenbahn eine allge eine Wohlfahrtseinrichtung sei, die man auch um den Preis eines Defizits betreiben müsse, und man könnte Mittel und Wege finden, dasselbe anderwärts zu decken. Er stimme dem Antrage des GR. Dr. Schwarz-Hiller auf Verpachtung zu. Er könne auch aus dem Grunde nicht für die Vorlage eintreten, weil noch immer kein anderer Geist in Wien herrsche. Als Beweis hierfür, führt Redner ein Inserat in der Arbeiterzeitung an, in welchem bei Ausschreibung von freien Stellen am Bahnhöfen in Kagnan städtischen Strassenbahnen von den Bewerbern die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft verlangt werde. In einem Staate, wo mindestens 400.000 Tschechen leben (Oho-Rufe) sollte man doch nicht so weit gehen. Weiters sei eine Alte Frau, weil sie tschechisch sprach, vom Schaffner aus der Tramway gewiesen worden. (Zwischenrufe: Dafür müssten Sie Beweise bringen! Glauben, Sie, dass das in Prag nicht möglich ist? Was geschieht alles in Prag!) Solange das möglich ist, schliesst Redner, müssen wir dagegen stimmen.

Die Ausführungen des GR. Breitner folgen später nach.

STR. Weigl (Soz.-Dem.) sagt in seinen Schlussworte mit Rücksicht auf die Verpachtung, dass auch ein ausländisches Unternehmen den Pachtzins entsprechend verzinst haben wollte und daher den Tarif hoch stellen würde und dass es die Bediensteten nicht für nötig fänden, Rücksichten, die sie gegenüber der Gemeinde Wien haben, gegen ein kapitalistisches Unternehmen zu wahren. Es würde ihnen nicht einfallen, um die jetzigen Löhne zu arbeiten. Wenn von Personalersparnis gesprochen worden sei, leugne er nicht, dass einige Hundert Menschen heute entbehrt werden könnten. Aber dieser Ueberstand sei herbeigeführt worden, weil der Betrieb nicht ausgenützt werden könne. Es sei aber nicht möglich, das überflüssige Personal zu entlassen, weil man ja auch damit rechnen und hoffen müsse, dass man auch wieder zu einem normalen Betriebe kommen werde. Uebrigens seien seit einigen Wochen Neuaufnahmen eingestellt und die weiblichen Kräfte bereits ganz abgestossen. Mit Stolz kann behauptet werden, dass in den Betrieben der Unternehmungen von keiner Desorganisation gesprochen werden kann. Wenn nur aus dem Titel heraus prinzipiell dafür eingetreten wird, die Unternehmungen, so könne er das nicht begreifen. Wenn gesagt wird, dass ein Geschäftsmann verliert, wenn er seine Ware unter dem Einkaufspreis abgibt, und dass er dann keinen Kredit erlangen kann, so trifft dies auch auf die Gemeinde zu und Redner ersucht dies bei der Abstimmung im Auge zu behalten. Die Gemeinde wäre in diesem Falle nicht kreditfähig und die Unternehmungen müssten in erster Linie kaufmännisch geführt werden. (Beifall)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR. Dr. Grün berichtet über die Brennholzverschaffung für die Lungenheilstätte Steinklamm. Hiefür sind 31.000 K notwendig. Die Anträge werden angenommen.

GR. Weigl (Soz.-Dem.) referiert über die Erhöhung der Fahrpreise bei der städtischen Kraftstellwagenunternehmung und bei der Automobil-Stellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf. Bei der letzteren wird der Fahrpreis für eine erwachsene Person mit 1 K 60 h und für ein Kind mit 40 h festgesetzt. Auch die Bestimmungen nach den besonderen Tarife für Erkennungskartenbesitzer werden geändert. Die Anträge des Referenten werden ohne Debatte mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nach den Referaten der ORs. Bombek und Schorsch werden die bekannten Anträge auf Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise ohne weitere Debatte genehmigt.

Ueber Antrag des Gr. Breitner wird die Ausgabe von weiteren Papiermützgeld und zwar von 10 Millionen 10 Heller rechenen und 4 Millionen 50 Hellerscheine mit einer Gültigkeitsdauer bis 30. Juni 1930 genehmigt.

Ueber Antrag des VB. Winter werden die außerordentlichen Subventionen für die Rettungsgesellschaft 100.000 K und für die Poliklinik 50.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird dem Verband der Angestellten der Gemeinde Wien ein Betriebsvorschuss für das Erholungsheim in Neubaus im Betrage von 200.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des OR. Dr. Sehen wird für den Reichswirtschaftsbund der Festangestellten ein Baurecht in der Wehlitzgasse im II. Bezirk bestellt.

OR. Bombek berichtet über die Gewährung eines Nachtragkredites von 98.000 Kronen zur Weihnachtsbeteiligung für ungefähr 650 Kinder von Arbeitern der Gaswerke. Die Anträge werden angenommen.

Die Sitzung wird sodann abgebrochen.